

„Chinesen nutzen Trumps Schritte“

Interview Politikwissenschaftler sieht Weltmacht USA nicht am Ende

VON MAXIMILIAN BEER

Berlin – Es sind nicht nur die Zahlen dieser Tage, die am Ruf der USA als Weltmacht zweifeln lassen können: mehr als 115 000 bestätigte Corona-Tote, mehr als 44 Millionen neue Arbeitslose seit Beginn der Pandemie. Es sind auch die Bilder: die Schlangen vor den Suppenküchen, die Gewalt gegen Demonstranten – George Floyd. Zugleich ist es China, das sich als Retter auf der Weltbühne präsentiert. Darüber sprachen wir mit dem Politikwissenschaftler Sascha Lohmann.

Herr Lohmann, markiert die Coronakrise das oft vorhergesagte Ende der USA als Weltmacht?

Zunächst einmal zeigt diese Krise, dass wir es in den USA mit einer extremen Führungsschwäche zu tun haben, insbesondere in Person des Präsidenten. Hinzu kommt, dass die US-Gesellschaft mit ihrem löchrigen Netz sozialer Sicherung und der lückenhaften Gesundheitsversorgung anfällig war, um sehr stark von einer solchen Katastrophe getroffen zu werden. Was den Abgang auf eine Weltmacht betrifft, bin ich vorsichtig, weil eine Weltmacht verschiedene Rollen haben kann – zum Beispiel die politische Führungskraft oder die wirtschaftliche Vorherrschaft.

Was das Politische betrifft, stellt Trump immer wieder die internationale Ordnung infrage – etwa in Bezug auf die Nato oder die WHO. Chinas Präsident Xi Jinping wiederum kündigte kürzlich zwei Milliarden Dollar für die Coronabekämpfung der UN an. Stoßen die Chinesen in ein Machtvakuum vor, das die USA hinterlassen?

Sie nutzen geschickt die Schritte, die Trump eingeleitet hat, um die internationale Rolle der USA zu reduzieren. Ich bin aber skeptisch, dass dadurch die Attraktivität Chinas als folgenswerter Staat gesteigert wird. Was wir sehen, ist, dass die Chinesen gar nicht viel tun müssen, um von Trumps Kurswechsel profitieren zu können. Sie sind Nutznießer der Zertrümmerungspolitik Trumps und



Angespanntes Verhältnis: US-Präsident Donald Trump (links) und der chinesische Präsident Xi Jinping im November 2017 in Peking.

FOTO: ANDY WONG/AP/DPA

können sich als Retter präsentieren. Trump wiederum reduziert internationale Beziehungen auf ein Nullsummenspiel und übersieht die Vorteile, die die USA aus dieser Ordnung gezogen haben.

Während China mit der „Neuen Seidenstraße“ auch in Osteuropa an Einfluss gewinnt, machen die USA mit Strafzöllen von sich reden.

Sicherlich setzen die USA unter Trump gerade bei der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen vor allem auf Zwang. Das war aber schon bei seinen Vorgängern so. Neu ist das absolute Desinteresse für die Bedürfnisse von Alliierten. Was Chinas Investitionen betrifft, gibt es nach wie vor auch in Europa sehr viel Skepsis. Das sieht man bei der Debatte um Huawei und 5G. Generell macht man sich

in Europa zunehmend Gedanken darüber, wie man künftig eigenständiger agieren kann. Sowohl das Verhalten der USA als auch der Einfluss Chinas befördern dieses Umdenken.

Seit zwei Jahren befinden sich die USA und China in einem Handelskonflikt. Halten Sie eine wirtschaftliche Entkopplung für wahrscheinlich?

Beide Seiten würden zu sehr leiden, als dass sie ein wirkliches Interesse daran haben könnten. Es gibt zu viele wirtschaftliche Verflechtungen. Letztlich kommt es aber darauf an, welche politischen Eliten welche Entscheidungen treffen. Es ist besorgniserregend, dass die Regierung unter Trump in diesen Fragen wenig Verantwortungsbewusstsein beweist. So zeigt sich, dass es in Washington

wie beim Konflikt mit der Sowjetunion die Polarisierung der Parteien reduziert und für einen Burgfrieden sorgt.

Die führende Rolle eines Landes ist auch verbunden mit einer Vorbildfunktion. Inwiefern können die USA an Vormacht verlieren, wenn wie dieser Tage Demonstranten mit Gewalt begegnet wird?

Die Proteste zeigen, wie brüchig die Vorbildfunktion der Vereinigten Staaten unter Trump geworden ist. Hinzu kommt, dass der seit Gründung der Republik bestehende strukturelle Rassismus immer stärker ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit dringt. Das liegt auch an den vielen Videos, die im Netz kursieren. Es wird schwerer, die Erzählung einer freiheitsliebenden Nation, die Menschenrechte schützt, aufrechtzuerhalten.

Was also bleibt von der Weltmacht USA, die sich militärisch zurückzieht, internationale Kooperation als nachrangig betrachtet und zudem ihre Vorbildfunktion verspielt?

Das Faszinierende ist, dass es die USA immer wieder geschafft haben, ein positives Bild von sich in der Welt aufzubauen. Trotz großer Krisen – denken Sie an die Ermordung Martin Luther Kings und die Aufstände von 1968. Auch wenn oft zu lesen ist, dass diese Nation auseinanderbricht, ist das noch lange nicht entschieden.

ZUR PERSON



Dr. Sascha Lohmann (35) arbeitet als Politikwissenschaftler in der Forschungsgruppe Amerika an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Seine Forschungsgebiete sind die USA und transatlantische Beziehungen.

FOTO: PRIVAT/NH

KOPF DES TAGES



Könnte Trump Ärger machen: John Bolton (71).

Gegen sein Buch packt Trump den Säbel aus

Als hätte US-Präsident Donald Trump nicht schon genug Ärger: Nun will sein ehemaliger Sicherheitsberater John Bolton am kommenden Dienstag auch noch das Buch veröffentlichen, das das Weiße Haus im Frühjahr schon einmal verhindert hatte: „The Room Where It Happened“ (etwa: Der Raum, in dem es geschah), heißt es und enthält mutmaßlich nicht allzu Positives über den amtierenden Präsidenten der Vereinigten Staaten. Immerhin hatte der Bolton im September vergangenen Jahres wegen Meinungsverschiedenheiten geschasst.

Aber Trump wäre nicht Trump, packte er nicht gleich den Säbel aus und drohte dem aus Maryland stammenden Schnauzbartträger im Falle der Veröffentlichung des Werkes strafrechtliche Konsequenzen an. Mit dem Buch verstoße Bolton „gegen das Gesetz“, sagte Trump am Montag (Ortszeit) im Weißen Haus. Alle Gespräche mit ihm, die Bolton womöglich zitiere, seien „streng geheim“. Im Übrigen sei Bolton ja bekannt dafür, nicht immer die Wahrheit zu sagen, so der Präsident.

Womit er auf die Rolle anspielte, die sein Ex-Berater im – gescheiterten – Amtsenthebungsverfahren im Zusammenhang mit der Ukraine-Affäre bekommen sollte. Selbst Republikaner waren seinerzeit zunächst bereit gewesen, Bolton wie von den Demokraten gefordert, im Senat als Zeuge zu hören. Es kam bekanntlich anders. Zuvor hatte Trump den heute 71-jährigen versucht zu diskreditieren. Hätte er auf ihn gehört, wäre die USA schon im sechsten Weltkrieg, behauptete Trump von dem Mann, der tatsächlich bekannt dafür ist, Konflikte am liebsten militärisch zu lösen. Politisch ist der von den Demokraten als Kronzeuge Gedachte nämlich weit von ihnen entfernt, er gilt als Rechtskonservativer, der auch mit Außenminister Mike Pompeo oft über Kreuz lag. Doch in dem Buch soll stehen, Trump habe gesagt, er wolle Militärhilfe für die Ukraine so lange zurückhalten, bis Kiew Ermittlungen gegen seinen Rivalen Biden einleitete.

Unter George W. Bush war Bolton ein glühender Verfechter des Einmarsches in den Irak. Über den Iran denkt er ähnlich wie über Nordkorea. Und über Trump, er sei „süchtig nach Chaos“.

PETRA WETTLAUER-POHL

FOTO: LOGAN CYRUS / AFP

Ungarns Parlament hebt Notstandsgesetz auf

Regierungslager billigt Viktor Orban neue Möglichkeiten zu, per Dekret zu regieren

Budapest – Ungarns Parlament hat am Dienstag einstimmig ein Gesetz zur Aufhebung der Corona-Sondervollmachten von Ministerpräsident Viktor Orban beschlossen. Der rechts-nationale Politiker hatte sich diese Ende März, auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie, vom Parlament geben lassen. Sie waren umfassend und ursprünglich zeitlich unbefristet.

Orban, der zu einem autoritären Regierungsstil neigt, hatte dafür im In- und Ausland viel Kritik erhalten. Das Europa-Parlament bezeichnete die Maßnahmen Budapests im April als „unvereinbar mit den europäischen Werten“.

Das nun beschlossene Gesetz besagt, dass die Vollmachten aufgehoben sind, sobald die Regierung den im März wegen der Corona-Pandemie verhängten Gefahrentotstand beendet. Orban hatte angekündigt, dies bis zum 20. Juni zu tun.

Nur mit den Stimmen des Regierungslagers billigte das Parlament in derselben Sitzung ein Durchführungs-gesetz zur Aufhebung der Sondervollmachten. Dieses enthält auf fast 250 Seiten Bestimmungen, die es Orban ermöglichen sollen, im Falle von neuen Corona-Ausbrüchen auf flexible Weise Verordnungen zu erlassen.

Menschenrechtler kritisie-



Macht abgesichert: Ungarns Regierungschef Viktor Orban.

FOTO: S.KOSZTICSÁK/MTI/DPA

ren, dass sich Orban auf diese Weise praktisch durch die Hintertür bestimmte Vollmachten fürs Durchregieren sichern wolle. Aus diesem Grund stimmte die Opposition gegen das Durchführungs-

gesetz. Mehrere bekannte regierungskritische Organisationen warnten in einer gemeinsamen Erklärung davor, dass der Entzug der Sondervollmachten eine „optische Täuschung“ sei. Die Behörden hätten immer noch erweiterte Befugnisse.

Tatsächlich machte Orban von den bisherigen Vollmachten reichlich Gebrauch, auch in Bereichen, in denen sich kein Zusammenhang zur Pandemie erschließt. Im Laufe von mehr als 100 Verordnungen hat der machtbewusste Regierungschef nach Ansicht von Kritikern den Datenschutz, die Informationspflichten der Ämter und das Arbeitsrecht ausgehebelt.

Den Kommunen, die er bei den Lokalwahlen im Vorjahr an die Opposition verloren hatte, entzog er viel Geld und Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Polizei ermittelte zudem in mehr als hundert Fällen wegen „Panikmache“ gegen Menschen, die den Umgang der Regierung mit der Pandemie kritisierten. Bislang kam jedoch keiner der Fälle vor Gericht. Ungarn ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern weniger schwer von der Coronakrise betroffen gewesen. Die Behörden meldeten mehr als 4000 Infektionsfälle. 565 Menschen starben an den Folgen des neuartigen Coronavirus.

dpa/afp